

NEUE SCHRIFTEN ZUM STRAFRECHT

Band 13

Christine Morgenstern

Die Untersuchungshaft

Eine Untersuchung unter rechtsdogmatischen, kriminologischen, rechtsvergleichenden und europarechtlichen Aspekten



Nomos

Band 13

Neue Schriften zum Strafrecht



Nomos

Herausgegeben von

Prof. Dr. Martin Böse, Universität Bonn

Prof. Dr. Gunnar Duttge, Universität Göttingen

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Urs Kindhäuser, Universität Bonn

Prof. Dr. Claus Kreß, Universität Köln

Prof. Dr. Dr. h.c. Lothar Kuhlen, Universität Mannheim

Prof. Dr. Ursula Nelles, Universität Münster

Prof. Dr. Dres. h.c. Ulfrid Neumann, Universität Frankfurt am Main

Prof. Dr. Henning Radtke, Universität Hannover

Prof. Dr. Klaus Rogall, Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Helmut Satzger, Universität München

Prof. Dr. Brigitte Tag, Universität Zürich

Prof. Dr. Thomas Weigend, Universität Köln

Prof. Dr. Wolfgang Wohlers, Universität Zürich

Prof. Dr. Rainer Zaczek, Universität Bonn

Christine Morgenstern

Die Untersuchungshaft

*Eine Untersuchung unter rechtsdogmatischen, kriminologischen,
rechtsvergleichenden und europarechtlichen Aspekten*

Nomos Verlagsgesellschaft

Prof. Dr. Christine Morgenstern, geb. 1967, studierte Rechtswissenschaften in Freiburg, Hamburg und San Sebastian. 2002 legte sie ihre vergleichende Dissertation „Internationale Standards für ambulante Sanktionen und Maßnahmen“ vor. Während der langjährigen Mitarbeit am Lehrstuhl für Kriminologie der Universität Greifswald (Prof. Dr. Frieder Dünkel) betreute sie u.a. rechtsvergleichende europäische Projekte zum Strafvollzug und zur Kriminalpolitik. Zwischen 2012 und 2016 förderte die Deutsche Forschungsgemeinschaft ihre Studie zur Untersuchungshaft in Europa als eigene Stelle. 2017/2018 hat sie eine Gastprofessur an der Freien Universität Berlin inne. In Forschung und Lehre fühlt sich dem Gedanken einer „gesamten Strafrechtswissenschaft“ verpflichtet, die Forschungsschwerpunkte liegen dabei im Bereich der Menschenrechte im Strafjustizsystem, der Sanktionenlehre und der vergleichenden Kriminologie.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Greifswald, Univ., Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät der Ernst-Moritz-Arndt-Universität, Habilitationsschrift, 2016

© 2018 Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden

Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Schrift: Sabon 9,3 auf 11,6 pt. Das Buch wurde auf alterungsbeständigem Werkdruckpapier gedruckt und fadengeheftet.

ISBN 978-3-8487-4182-3 (Print)

ISBN 978-3-8452-8487-3 (ePDF)

Vorwort und Danksagung

Diese Studie wurde von der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Ernst-Moritz-Arndt Universität Greifswald im Mai 2016 als Habilitationsschrift angenommen. Das Manuskript wurde nach Abschluss des Verfahrens mit Blick auf statistische Daten, Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur aktualisiert und auf den Stand Februar 2017 gebracht.

Prof. Dr. jur. *Frieder Dünkel* danke ich für die Betreuung der Habilitation; er ist in seiner Art, die Kriminalwissenschaften ganzheitlich zu betrachten und in seiner Offenheit für andere (Rechts-)kulturen mein wichtigster Lehrer und ein Vorbild. Prof. Dr. *Wolfgang Joecks* hat das Zweitgutachten erstellt. Sein Tod im Sommer 2016 war für uns alle ein schwerer Verlust, er hat weite Teile meines wissenschaftlichen Werdegangs begleitet und meine Vorstellungen von guter Lehre nachhaltig geprägt. Prof. Dr. *Carl-Friedrich-Stuckenberg* danke ich für die Übernahme des Drittgutachtens und die ausführlichen und konstruktiven Anmerkungen, die für die Druckfassung wichtig und hilfreich waren.

Die Arbeit an der vorliegenden Studie ist über vier Jahre von der *Deutschen Forschungsgemeinschaft* durch die Finanzierung der eigenen Stelle und mit einem Druckkostenzuschuss gefördert worden. Dies ermöglichte ein freies wissenschaftliches Arbeiten, für das ich herzlich dankbar bin, und das mir nach Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen anderer europäischer Universitäten über deren Wissenschaftsförderung auch außergewöhnlich erscheint.

In dieser Endphase der Arbeit, in der ich beabsichtigt hatte, neben den Anmerkungen der Gutachter nur noch ein paar Zahlen nachzutragen oder das ein oder andere Urteil einzufügen, hat sich das kriminalpolitische Klima deutlich verändert: Gefängnisse füllen sich weiter oder wieder, die Sicherheitsrhetorik wird schärfer, die Bedrohungsgefühle nehmen zu. Beunruhigend ist die Abnahme der Bereitschaft mancher Staaten, europäische Vorgaben, namentlich durch den EGMR, zu berücksichtigen. Im Ergebnis der Arbeit wird zwar deutlich, dass Deutschland und die anderen untersuchten Staaten auf einem soliden rechtsstaatlichen Fundament operieren, aber auch, dass das auf ihm errichtete Gebäude der rechtsstaatlichen Strafrechtspflege stets bröckelt und in Stand gehalten werden muss, und dass die Untersuchungshaft in der Regel ein eher vernachlässigter Flügel dieses Gebäudes ist. Derzeit setzt ihm die kriminalpolitische Witterung besonders zu – die jüngeren Entwicklungen in Gestalt zunehmender Haftzahlen und der Diskussion um immer mehr präventive Inhaftierungsmöglichkeiten verdeutlichen dies.

Bei meinem Projekt, das davon abhing, die verschiedenen Fäden der dogmatischen, vergleichenden und kriminologischen Arbeit zusammenzuhalten, haben mir viele Menschen geholfen. Ich danke dafür:

- meinen Kolleginnen und Kollegen am Greifswalder Lehrstuhl für Kriminologie mit ihrem *team spirit*, zunächst bei Prof. *Frieder Dünkel* und nun ebenso bei Prof. *Stefan Harrendorf*
- den vielen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern an europäischen Universitäten, Forschungseinrichtungen, Ministerien, beim Europarat und der Europäischen Kommission
- den Praktikerinnen und Praktikern, die mir Einblicke in ihre Aufgaben bei Gericht, bei den Strafverfolgungsbehörden und vor allem in die schwierige und oft zu wenig gewürdigte Arbeit der Justizvollzugsanstalten gaben
- meinen Kolleginnen und Kollegen, Freundinnen und Freunden, aus dem Forschungsnetzwerk *Offender Supervision in Europe*, mit denen der Rechts-Kultur-Vergleich möglich wurde
- Prof. Dr. *Kirstin Drenkhahn*, Prof. Dr. *Christel Salewski* und Dr. *Hans Kromrey* für stete moralische und intellektuelle Unterstützung
- meinen Eltern und meiner Patentante
- und *Christoph, Felix* und *Moritz*, meiner Herde, denen ich dieses Buch widme.

Greifswald, im März 2017

Christine Morgenstern

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	27
I. Einführung	37
1. Das Anliegen der Studie	37
2. Wissenschaftliche Perspektiven auf die Untersuchungshaft	37
3. Methodische Ansätze	39
4. Forschungsstand	56
5. Schwerpunkte und Gang der Darstellung	63
II. Die Europäischen Rahmenbedingungen	65
1. Rechtstatsachen aus zwölf europäischen Staaten	65
2. Menschenrechtsstandards für die Untersuchungshaft im europäischen Mehrebenensystem	114
3. Untersuchungshaft im Recht der Europäischen Union	283
III. Die Untersuchungshaft in Deutschland	345
1. Rahmenbedingungen der Untersuchungshaft in Deutschland und für die vorliegende Studie	345
2. Zu oft, zu schnell, zu lang? Daten zur Untersuchungshaft in sekundärstatistischer Analyse	395
3. Andere vorläufige Freiheitsentziehungen nach der StPO	418
4. Voraussetzungen der Haftanordnung	429
5. Rechtsstaatliche Einschränkungen der Untersuchungshaft	511
6. Verteidigungsrechte	521
7. Haftkontrolle und Verlängerungsmöglichkeiten	531
8. Surrogate der Untersuchungshaft	549
9. Untersuchungshaftvollzug	578
10. Untersuchungshaft und ihre Konsequenzen	609

11. Alte und neue Probleme der Untersuchungshaft in Deutschland – Zusammenfassung und Ausblick	640
 IV. Grenzüberschreitende Aspekte der Untersuchungshaft: Die Strafverfolgungszusammenarbeit in der Europäischen Union	 669
1. Der Rahmenbeschluss zum Europäischen Haftbefehl	669
2. Der Rahmenbeschluss zu Europäischen Überwachungsmaßnahmen (Europäische Überwachungsanordnung)	725
 V. Synthese und Ertrag der Untersuchung	 785
1. Das richtige Maß: Europäische Daten im Vergleich	785
2. Die Haftentscheidung	790
3. Die Haftlänge und Haftkontrollmechanismen	804
4. Haftvermeidung – aber um welchen Preis?	809
5. Untersuchungshaftvollzug als Vorwegvollzug der Strafe	811
6. Das Europäische an der Untersuchungshaft	815
7. Zum Schluss	824
 Quellenverzeichnis	 827
Literatur	827
Materialien des Europarats	873
Materialien der Europäischen Union	877

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	27
I. Einführung	37
1. Das Anliegen der Studie	37
2. Wissenschaftliche Perspektiven auf die Untersuchungshaft	37
3. Methodische Ansätze	39
3.1 Rechtsordnungen im Vergleich	39
3.2 Kontextualisierung I: Erfassung der Rechtstatsachen in Länderkurzporträts	44
3.3 Kontextualisierung II: Der europäische Rahmen	45
3.3.1 Begriffe und Akteure	45
3.3.2 Rechtliche Dimensionen des europäischen Strafverfahrens	47
3.3.3 Kriminalpolitische und kriminalsoziologische Dimensionen des europäischen Strafverfahrens	50
3.4 Kontextualisierung III: Alte und neue Probleme der Untersuchungshaft in Deutschland	54
3.5 Angewandte Rechtsvergleichung: Die Umsetzung untersuchungshaftrelevanter EU-Rahmenbeschlüsse	54
4. Forschungsstand	56
4.1 Forschung zu europäischen Rahmenbedingungen der Untersuchungshaft	56
4.2 Rechtsvergleichende Forschung zur Untersuchungshaft	57
5. Schwerpunkte und Gang der Darstellung	63

II. Die Europäischen Rahmenbedingungen	65
1. Rechtstatsachen aus zwölf europäischen Staaten	65
1.1 Definitoriale Fragen	65
1.2 Weitere methodische Überlegungen: Maße und Quellen	68
1.3 Die quantitative Bedeutung der Untersuchungshaft für die Justizsysteme: Einige Ergebnisse	71
1.3.1 Im Querschnitt	71
1.3.1.1 Anteile der Untersuchungsgefangenen	71
1.3.1.2 Untersuchungsgefangenenraten	73
1.3.1.3 Ausländer in Untersuchungshaft	76
1.3.2 Im Längsschnitt	81
1.3.2.1 Der Einfluss der Untersuchungshaft auf die Entwicklung der Gefangenzahlen	81
1.3.2.2 Zunahmetendenzen: England und Wales, Spanien, Italien und Belgien	81
1.3.2.3 Abnahmetendenzen: Litauen und Estland	93
1.3.2.4 Divergierende Verläufe: Polen, Frankreich, Deutschland und die Niederlande	99
1.3.2.5 Traditionell niedrige Werte: Irland und Finnland	108
1.4 Zusammenfassung: Häufig, lang, oft gegen Fremde	112
2. Menschenrechtsstandards für die Untersuchungshaft im europäischen Mehrebenensystem	114
2.1 Die Notwendigkeit spezieller internationaler Schutzrechte für festgenommene und inhaftierte Beschuldigte	114
2.2 Rechtsquellen und Durchsetzungsmechanismen	117
2.2.1 Die Europäische Menschenrechtskonvention und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte	117
2.2.2 Die Anti-Folter-Konvention und die Standards des Europäischen Ausschusses zur Verhütung von Folter ..	123
2.2.3 Der Internationale Pakt für bürgerliche und politische Rechte und andere UN-Instrumente	125
2.2.4 Empfehlungen des Europarats	127
2.2.4.1 Soft Law: Hintergrund	127
2.2.4.2 Die Empfehlung 2006 (13)	128
2.2.4.3 Die Europäischen Strafvollzugsgrundsätze	130
2.2.4.4 Weitere Empfehlungen des Europarats	131
2.2.5 Das Zusammenwirken der Mechanismen: Fallstudie Ramirez Sanchez gegen Frankreich	131

2.2.6	Menschenrechtsschutz in der Europäischen Union	132
2.2.6.1	Das Verhältnis von EMRK und Grundrechtcharta	132
2.2.6.2	Die Rolle des EuGH	134
2.2.6.3	Die Rolle des Europäischen Parlaments und der Agentur für Grundrechte	137
2.3	Aufgaben und Reichweite der Untersuchungshaft nach Art. 5 Abs. 1 EMRK	138
2.3.1	Zulässige Freiheitsentziehungen gem. Art. 5 Abs. 1 EMRK	138
2.3.2	Inhaftierung zur Vorführung im Strafverfahren nach Art. 5 Abs. 1 S. 2 lit. c) EMRK	143
2.3.3	Reichweite der Garantien des Art. 5 EMRK	145
2.3.3.1	Abgrenzung der Freiheitsentziehung von der Freiheitsbeschränkung	145
2.3.3.2	Zeitlicher Umfang	147
2.4	Voraussetzungen und Bestätigung der Haftanordnung	148
2.4.1	Rechtmäßigkeit (Lawfulness)	148
2.4.1.1	Verweis auf innerstaatliche Rechtsgrundlagen	148
2.4.1.2	„margin of appreciation“	149
2.4.1.3	Hinreichende Bestimmtheit der Rechtsgrundlage	150
2.4.1.4	Verstöße gegen Art. 5 Abs. 1 durch Verstöße gegen die innerstaatlichen Rechtsgrundlagen ..	151
2.4.1.5	Verfahrensverstöße	152
2.4.2	Festnahmevoraussetzungen	154
2.4.2.1	Tatverdacht	154
2.4.2.2	Das Problem der Präventivhaft	157
2.4.3	Die Haftkontrolle gem. Art. 5 Abs. 3 EMRK	162
2.4.3.1	Grundsatz	162
2.4.3.2	Unverzügliche, automatische und unabdingbare Vorführung	163
2.4.3.3	Unabhängiges, unparteiliches Kontrollorgan ..	167
2.4.3.4	Verbot zwingender Untersuchungshaftanordnung durch das Gesetz	171
2.4.3.5	Form- und Begründungsanforderungen	173
2.4.3.6	Aufrechterhaltung der Haft über einen angemessenen Zeitraum: Haftgründe im engeren Sinn	176

	2.4.3.7	Fluchtgefahr und Verdunkelungsgefahr als akzeptierte Haftgründe	177
	2.4.3.8	Das Problem der Straferwartung	180
	2.4.3.9	Das Problem der Fluchtgefahr bei Ausländern	182
	2.4.3.10	Probleme der Haftgründe des „Schutzes der Öffentlichen Ordnung“ und des „Schutzes des Betroffenen“	184
	2.4.3.11	(Weitere) Inakzeptable Haftbegründungen ...	186
2.5		Zeitliche Begrenzungen und Haftüberprüfungen nach Art. 5 Abs. 3 und 4 EMRK	187
	2.5.1	Der Beschleunigungsgrundsatz in Haftsachen	187
	2.5.2	Kriterien für die Angemessenheit der Haftdauer	189
	2.5.3	Fallstudie: Polen	192
	2.5.4	Haftbeschwerden: Die Habeas Corpus-Garantie des Art. 5 Abs. 4 EMRK	198
	2.5.4.1	Reichweite der Überprüfung	198
	2.5.4.2	Wiederholungsprüfungen in angemessenen Abständen	200
	2.5.4.3	Prüfung binnen kurzer Frist	202
2.6		Verfahrensrechtliche Absicherung der Haftkontrollmechanismen	203
	2.6.1	Freiheitschutz durch Verfahren und Organisation	203
	2.6.2	Belehrungs- und Informationsrechte	204
	2.6.2.1	Grundsatz des Art. 5 Abs. 2 EMRK	204
	2.6.2.2	Ergänzungen durch Art. 6 Abs. 3 EMRK	205
	2.6.2.3	Benachrichtigungen der Familie und ausländischer Vertretungen	206
	2.6.2.4	Das Problem der incommunicado-Haft	208
	2.6.3	Das Recht auf wirksame Verteidigung	209
	2.6.4	Das Recht auf Akteneinsicht im Haftprüfungsverfahren als Konsequenz der „Waffengleichheit“	216
2.7		Andere menschenrechtliche Begrenzungen der Untersuchungshaft	218
	2.7.1	Subsidiarität der Untersuchungshaft und weitere Verhältnismäßigkeitsaspekte	218
	2.7.2	Die Unschuldsvermutung	220
	2.7.2.1	Die Unschuldsvermutung als Bestandteil des „fair trial“	220

	2.7.2.2	Schutz der Reputation des Untersuchungsgefangenen	224
	2.7.2.3	Verbot der Vorwegnahme der Strafe und Vollzugsfragen	225
	2.7.3	Schutz der Menschenwürde und humanitäre Aspekte ..	225
2.8		Alternativen zur Untersuchungshaft	226
	2.8.1	Grundsatz des milderen Mittels	226
	2.8.2	Auswahl und Angemessenheit der Haftalternativen	228
	2.8.3	Die Bemessung und Verwirkung einer Sicherheitsleistung	231
	2.8.4	Elektronisch überwachter Hausarrest als Alternative ..	233
2.9		Menschenrechte im Untersuchungshaftvollzug	235
	2.9.1	Die Grundlagen: Art. 3 EMRK, Art. 6 Abs. 2 EMRK und Fragen der Beweislast	235
	2.9.2	Verstöße gegen Art. 3 EMRK bei der Festnahme, im Polizeigewahrsam und im Frühstadium der Untersuchungshaft	238
	2.9.2.1	Folter	238
	2.9.2.2	Verstöße durch unzureichende Kontrolle der Festnahme- und Haftbedingungen	240
	2.9.3	Haftbedingungen als materielle Verletzung von Art. 3 EMRK	241
	2.9.3.1	Systemische Probleme der Überbelegung und schlechter Lebensbedingungen	241
	2.9.3.2	Isolationshaft und Sondermaßnahmen für „gefährliche Gefangene“	248
	2.9.4	Verletzungen der Rechte auf Privatsphäre und Familienleben (Art. 8 EMRK)	253
	2.9.4.1	Besuch und Kontakt zur Außenwelt	253
	2.9.4.2	Postkontrolle	254
	2.9.5	Das Trennungsgebot und weitere Konsequenzen aus der Unschuldsvermutung	256
	2.9.6	Weitere Problemfelder im Spiegel der Menschenrechtsarbeit des Europarats	258
	2.9.6.1	Aktivitäten und Tagesgestaltung im Vollzug ..	258
	2.9.6.2	Gesundheitsversorgung	259
	2.9.6.3	Wahlrecht	260
2.10		Konsequenzen erlittener Untersuchungshaft	262
	2.10.1	Die Anrechnung prozesssichernder Maßnahmen auf die später verhängte Strafe	262
	2.10.2	Entschädigungsfragen	264

	2.10.2.1 Entschädigung bei späterem Freispruch	264
	2.10.2.2 Entschädigung bei unrechtmäßiger Haft	264
2.11	Zusammenfassung: Ein komplexes System für den Schutz der Menschenrechte von Untersuchungsgefangenen	266
	2.11.1 Die EMRK und ihre Durchsetzung	266
	2.11.2 Anordnung und richterliche Bestätigung der Haft nach Art. 5 Abs. 1 i. V. m. Abs. 3 EMRK	268
	2.11.3 Habeas Corpus und Beschuldigtenrechte	276
	2.11.4 Der Einsatz milderer Mittel – Alternativen zur Haft ...	278
	2.11.5 Keine Vorwegnahme der Strafe – die Bedeutung der Unschuldsvermutung	280
	2.11.6 Art. 3, Art. 8 EMRK und Probleme des Untersuchungshaftvollzugs	281
	2.11.7 Konsequenzen der Untersuchungshaft	283
3.	Untersuchungshaft im Recht der Europäischen Union	283
3.1.	Einführung	283
3.2.	Supranationales Straf- und Strafverfahrensrecht	285
	3.2.1 Schutz der wirtschaftlichen Interessen der Europäischen Union: Materielles Unions(straf)recht ...	285
	3.2.2 Supranationales Strafverfahrensrecht: OLAF, Eurojust und die Perspektive einer Europäischen Staatsanwaltschaft	287
3.3.	Rechtsangleichung	295
	3.3.1 Der Zwang zur Harmonisierung	295
	3.3.2 Angleichung des materiellen Strafrechts	297
	3.3.3 Strafverfolgung und Strafverfahren: Gegenseitige Anerkennung und Angleichung	299
	3.3.3.1 Herkunft und Bedeutung des Prinzips der gegenseitigen Anerkennung	299
	3.3.3.2 Schwierigkeiten bei der Umsetzung	304
3.4	Handlungsformen: Richtlinie und Rahmenbeschluss	308
3.5	Gemeinsame Strukturmerkmale der relevanten Rechtsakte	313
	3.5.1 Ablösung klassischer zweiaktiger Rechtshilfeinstrumente innerhalb der Union	313
	3.5.2 Verzicht auf die Nachprüfung der beiderseitigen Strafbarkeit	315
	3.5.3 Prinzipiell einstufiges Verfahren und keine Besserstellung eigener Staatsangehöriger	316
	3.5.4 Ausnahmen von der Vollstreckungspflicht	317
	3.5.5 Verfahrensstandardisierung	319

3.6	Unionsrechtsakte und -initiativen mit Blick auf den Beschuldigten im Strafverfahren	319
3.6.1	Stärkung der Verfahrensrechte von Beschuldigten	319
3.6.1.1	Justizielle Rechte in der Grundrechtecharta ..	319
3.6.1.2	Fahrplan zur Stärkung der Beschuldigtenrechte und Richtlinie über Dolmetschleistungen	320
3.6.1.3	Richtlinie zu Übersetzungen	323
3.6.1.4	Richtlinie zur Belehrung	325
3.6.1.5	Richtlinie zum Rechtsbeistand	327
3.6.2	Weitere Initiativen zum Schutz der Beschuldigtenrechte: Unschuldsvermutung, Anwesenheitsrecht, Rechte junger Beschuldigter und Prozesskostenhilfe	331
3.6.3	Grünbuch zur Untersuchungshaft: Anwendung der EU-Vorschriften im Bereich des Freiheitsentzugs	335
3.7	Governing through crime oder Stärkung der Beschuldigtenrechte – was prägt die Strafverfolgungspolitik der Europäischen Union?	339
III.	Die Untersuchungshaft in Deutschland	345
1.	Rahmenbedingungen der Untersuchungshaft in Deutschland und für die vorliegende Studie	345
1.1	Verfassungsrecht	345
1.2	Historischer Kontext unter Berücksichtigung der DDR-Geschichte	348
1.3	Völkerrechtliche und europarechtliche Verpflichtungen	352
1.3.1	Die Europäische Menschenrechtskonvention	352
1.3.2	Anti-Folter-Konventionen	354
1.3.3	Weitere Menschenrechtsstandards	356
1.3.4	Die Europäische Union	359
1.3.4.1	Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts	359
1.3.4.2	Insbesondere: Verfassungsidentität und Menschenwürdeschutz im Rahmen der gegenseitigen Anerkennung	362
1.3.4.3	Kriminalpolitik und Umsetzung von EU-Rechtsakten	366

1.4	Die Struktur des deutschen Strafverfahrens und untersuchungshaftrelevante Strafverfahrensgrundsätze	367
1.4.1	Kriterien	367
1.4.2	Der deutsche Prozesstyp im internationalen Vergleich ..	368
1.4.3	Fair Trial	369
1.4.4	Die Ermittlung der materiellen Wahrheit: Tatverdacht und Unschuldsvermutung	370
1.4.5	Der Anwesenheitsgrundsatz	374
1.4.6	Das Legalitätsprinzip	376
1.4.7	Der Beschleunigungsgrundsatz	377
1.5	Die Entwicklung des Rechts der Untersuchungshaft im Überblick	377
1.6	Forschungsstand und Schwerpunkte der eigenen Darstellung ..	384
1.6.1	Dogmatische Forschung	385
1.6.2	Kriminologische Forschung	388
1.6.3	Rechtspolitische Schriften	391
1.6.4	Literatur für Praktiker	393
1.6.5	Schwerpunkte der eigenen Darstellung	393
2.	Zu oft, zu schnell, zu lang? Daten zur Untersuchungshaft in sekundärstatistischer Analyse	395
2.1	Datenlage und Quellen	395
2.2	Die Zahl der Untersuchungsgefangenen im Längsschnitt	396
2.3	Die Daten im Kontext	400
2.3.1	Kriminalitätsentwicklung, Abgeurteilte, Strafgefangene und die Untersuchungshaftquote	400
2.3.2	Haftdauer	406
2.3.3	Der Gebrauch von Haftsurrogaten und Alternativen zur Haft	407
2.3.4	Weibliche, junge und ausländische Inhaftierte	408
2.3.5	Regionale Unterschiede	412
2.3.6	Verfahrensbeendende Entscheidungen und Sanktionen in Untersuchungshaftfällen	417
3.	Andere vorläufige Freiheitsentziehungen nach der StPO	418
3.1	Die vorläufige Festnahme nach § 127 Abs. 2 StPO als Vorfrage zur Untersuchungshaft	418
3.2	Die Hauptverhandlungshaft nach § 127b StPO	422
3.3	Die Sistierhaft nach § 230 Abs. 2 StPO	424
3.4	Die vorläufige Unterbringung nach § 126a StPO	428

4.	Voraussetzungen der Haftanordnung	429
4.1	Zweckbestimmungen	429
4.1.1	Prozessuale und strafzielbezogene Funktionen	429
4.1.2	Weitergehende, apokryphe Funktionen	433
4.1.3	Insbesondere: Reaktion auf öffentlichen bzw. medialen Druck	436
4.1.4	Insbesondere: Geständniserlangung	439
4.2	Dringender Tatverdacht	440
4.3	Haftgründe	443
4.3.1	Nutzung einzelner oder Kombinationen von Haftgründen	443
4.3.2	Flucht und Fluchtgefahr	444
4.3.3	Insbesondere: Fluchtgefahr wegen hoher Straferwartung	448
4.3.4	Verdunkelungsgefahr	451
4.3.5	Schwere der Tat	454
4.3.6	Wiederholungsgefahr	459
4.3.6.1	Struktur und Anwendungspraxis	459
4.3.6.2	Probleme des präventiven Haftzwecks	462
4.3.6.3	Probleme des Anlasstatverdachts	466
4.3.6.4	Probleme der Vortaten	468
4.3.6.5	Probleme der zu erwartenden Taten	470
4.3.6.6	Konsequenz: Verkleinerung des Katalogs der Anlasstaten	473
4.4	Das Anordnungsverfahren	473
4.4.1	Der Richtervorbehalt	473
4.4.2	Fristen, Zuständigkeiten und der „nächste Richter“ ...	476
4.4.3	Belehrungen und Informationen	480
4.4.4	Vorführung, rechtliches Gehör und Form des Haftbefehls	485
4.4.5	Prognose- und Begründungsdefizite und ihre Konsequenzen	488
4.4.6	Staatsanwaltschaft, Polizei und Gerichtshilfe	497
4.5	Besonderheiten für junge Beschuldigte	503
4.6	Besonderheiten für ausländische Beschuldigte	504
4.6.1	Überrepräsentation ausländischer Beschuldigter in der Untersuchungshaft	504
4.6.2	Insbesondere: Fluchtgefahr wegen Auslandsbezug	506
4.6.3	Weitere ausländerspezifische Aspekte	510
5.	Rechtsstaatliche Einschränkungen der Untersuchungshaft	511

5.1	Untersuchungshaft als subsidiäres Mittel der Prozesssicherung: Verhältnismäßigkeitsaspekte	511
5.2	§ 113, § 116, § 120 StPO und weitere Konkretisierungen des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	515
5.3	Die Begrenzungsfunktion der Unschuldsvermutung	517
5.4	Humanitäre Aspekte	519
6.	Verteidigungsrechte	521
6.1	Die Bedeutung des Verteidigers	521
6.2	Akteneinsichtsrecht – Deutschland vor dem EGMR	528
7.	Haftkontrolle und Verlängerungsmöglichkeiten	531
7.1	Rechtsbehelfe	531
7.1.1	Überblick	531
7.1.2	Haftprüfung	532
7.1.3	Beschwerde und weitere Beschwerde	534
7.1.4	Auswahl, Risiken und Erfolgsaussichten des Rechtsbehelfs	535
7.2	Beschleunigungsgebot und Haftfristen	538
7.2.1	Verfassungsrechtliche Grundlagen und einfachgesetzliche Ausprägungen	538
7.2.2	Überlange Haft: Deutschland vor dem EGMR	546
7.2.3	Rechtswirklichkeit: empirische Befunde und obergerichtliche Rechtsprechung	548
8.	Surrogate der Untersuchungshaft	549
8.1	Rechtliche Grundlagen	549
8.2	§§ 127a, 132 StPO als Sondermaßnahmen für Ausländer; Zustellungsvollmachten	555
8.3	Problemfelder	559
8.3.1	Angebot und Nutzung der Haftverschonungsaufgaben ..	559
8.3.2	Finanzielle Sicherheit (Kautions)	562
8.3.3	Therapeutische Maßnahmen	565
8.3.4	Elektronische Überwachung von Haftverschonungsaufgaben	568
8.3.4.1	Rechtliche Einordnung und kriminalpolitische Voraussetzungen	568
8.3.4.2	Menschenrechtliche Probleme	570
8.3.4.3	Deutsche (hessische) Praxis	573
8.3.4.4	Fazit: Ungeeignetheit zur Haftvermeidung	575
8.3.5	Rechtsstaatliche Ausgestaltung der Haftsurrogate	577

9.	Untersuchungshaftvollzug	578
9.1	Rechtliche Grundlagen	578
9.1.1	Untersuchungshaftvollzug nach der Föderalismusreform	578
9.1.2	§§ 119, 119a StPO	579
9.1.3	Die Landesgesetze zum Untersuchungshaftvollzug	582
9.2	Einzelne Problemfelder	585
9.2.1	CPT-Befunde und die Umsetzung europäischer Standards	585
9.2.2	Das Trennungsgebot	590
9.2.3	Vollzugsgestaltung	591
9.2.3.1	Lebensbedingungen im Vollzugsalltag	591
9.2.3.2	Suizidprävention	593
9.2.3.3	Kontakte zur Außenwelt	595
9.2.3.4	Arbeit	598
9.2.3.5	Einschlusszeiten als Beispiel für die verfassungswidrigen Ausgestaltung des Untersuchungshaftvollzugs	599
9.3	Konsequenz: Ein Abstandsgebot zum Strafvollzug	606
10.	Untersuchungshaft und ihre Konsequenzen	609
10.1	Die präjudizielle Wirkung von Untersuchungshaft	609
10.2	Anrechnungsfragen: Untersuchungshaft als „bedingte Strafe“? ..	616
10.2.1	Dogmatische Probleme der Anrechnung	616
10.2.2	Faktische Ununterscheidbarkeit von Untersuchungshaft- und Strafvollzug	619
10.2.3	Rechtsgrundlagen und praktische Probleme der Anrechnung	620
10.2.4	Anrechnung von Auslandshaft	624
10.3	Entschädigungsfragen	630
10.3.1	Entschädigungen nach dem StrEG	630
10.3.2	Kompensation überlanger Haft im Rechtsfolgenausspruch	633
10.3.3	Amtshaftung	635
10.3.4	Art. 5 Abs. 5 EMRK	635
10.4	Der Übergang in Strafhaft, Maßregelvollzug oder Freiheit	636
11.	Alte und neue Probleme der Untersuchungshaft in Deutschland – Zusammenfassung und Ausblick	640
11.1	Die Situation in Zahlen	640

11.2	Verfassungsrechtliche Anforderungen und dogmatische Grundprobleme der Untersuchungshaft	643
11.3	Anordnungsvoraussetzungen der Untersuchungshaft	646
11.4	Wer entscheidet? Der Richtervorbehalt und der Einfluss der übrigen Akteure	652
11.5	Haftlänge und Haftkontrolle	653
11.6	Beschuldigtenrechte und die Rolle der Verteidigung	655
11.7	Alternative Methoden der Verfahrenssicherung	657
11.8	Untersuchungshaftvollzug	659
11.9	Ausländische Untersuchungsgefangene	663
11.10	Europäische Entwicklungen	664
11.11	Reformbedarf	665
IV.	Grenzüberschreitende Aspekte der Untersuchungshaft: Die Strafverfolgungszusammenarbeit in der Europäischen Union	669
1.	Der Rahmenbeschluss zum Europäischen Haftbefehl	669
1.1	Anwendungsbereich und Relevanz für die Untersuchungshaft ..	669
1.2	Entstehungsgeschichte und politische Bedeutung	672
1.3	Umsetzung und Probleme bei der Überführung in nationales Recht	673
1.4	Funktionsweise des Europäischen Haftbefehls	677
1.4.1	Fallkonstellationen	677
1.4.2	Geeigneter Tatverdacht: Das Problem der Eingriffsschwelle	678
1.4.3	Formale und inhaltliche Voraussetzungen	681
1.4.4	Ablehnungsgründe	684
1.4.5	Der außerordentliche Ablehnungsgrund der drohenden schweren Grundrechtsverletzung	689
1.4.5.1	Menschenunwürdige Haftbedingungen	689
1.4.5.2	Das Problem der Abwesenheitsurteile	691
1.4.5.3	Prüfungspflichten der Gerichte im Vollstreckungsstaat	694
1.4.6	Ablehnung bei drohender lebenslanger Freiheitsstrafe ..	696
1.5	Das Problem der Auslieferungshaft	697
1.6	Praxistauglichkeit: Die Voraussetzung einer gemeinsamen Vertrauensbasis	701
1.6.1	Rechtstatsachen: Nutzung des Instrumentariums	701

1.6.2	Verhältnismäßigkeitsprobleme und Menschenrechtsverstöße in der Praxis des Europäischen Haftbefehls	708
1.6.3	„Anwendungssicherheit“ und Auswirkungen auf die nationale Haftpraxis	720
1.7	Zusammenfassung: Konsolidierung der Europäischen Haftbefehlspraxis	724
2.	Der Rahmenbeschluss zu Europäischen Überwachungsmaßnahmen (Europäische Überwachungsanordnung)	725
2.1	Zweck und Relevanz für die Untersuchungshaft	725
2.2	Entstehungsgeschichte und Bedarf in den Mitgliedstaaten	727
2.3	Umsetzung in den Mitgliedstaaten	736
2.4	Funktionsweise der Europäischen Überwachungsanordnung ..	740
2.4.1	Fallkonstellationen	740
2.4.2	Anwendungsbereich	742
2.4.3	Ablauf des Verfahrens	744
2.4.4	Übertragbare Überwachungsmaßnahmen	750
2.4.4.1	Obligatorisch zu überwachende Maßnahmen ..	750
2.4.4.2	Fakultativ zu überwachende Maßnahmen, insbesondere mithilfe elektronischer Überwachung	751
2.4.5	Verzicht oder Bestehen auf die Überprüfung der beiderseitigen Strafbarkeit?	756
2.4.6	Eingriffsschwelle und Verhältnismäßigkeit der transferierten Überwachungsmaßnahme	760
2.4.7	Die Zustimmung des Betroffenen und sein Recht auf den Erlass einer Europäischen Überwachungsanordnung	768
2.4.8	Ablehnung der Überwachungsentscheidung	772
2.4.9	Folgeentscheidungen, Konsultationspflichten und Rechtsbehelfe des Betroffenen	774
2.5	Gefahr des net-widening durch den Rahmenbeschluss	777
2.6	Zusammenfassung: Untersuchungshaftvermeidung durch die EU?	781
V.	Synthese und Ertrag der Untersuchung	785
1.	Das richtige Maß: Europäische Daten im Vergleich	785
2.	Die Haftentscheidung	790

2.1	Die Haftschwelle	790
2.2	Die Haftgründe	793
2.3	Das Verfahren und die Akteure	796
2.4	Die Betroffenen	802
3.	Die Haftlänge und Haftkontrollmechanismen	804
4.	Haftvermeidung – aber um welchen Preis?	809
5.	Untersuchungshaftvollzug als Vorwegvollzug der Strafe	811
6.	Das Europäische an der Untersuchungshaft	815
6.1	Vertikal: Großer Einfluss der EMRK, (bisher) kleiner der EU-Rechtssetzung	815
6.2	Horizontal: Zusammenarbeit und Angleichungstendenzen	822
7.	Zum Schluss	824
	Quellenverzeichnis	827
	Literatur	827
	Materialien des Europarats	873
	Materialien der Europäischen Union	877

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Untersuchungsgefangene nach rechtlichem Status, ausgewählte europäische Staaten 2014	72
Abbildung 2:	U-Gefangene und Gefangene pro 100.000 Einwohner (Raten), ausgewählte europäische Staaten 2014	74
Abbildung 3:	Die Gefangenenzenzahlen in England/Wales 1990-2016	82
Abbildung 4:	Die Gefangenenzenzahlen in Spanien 1990-2016	86
Abbildung 5:	Die Gefangenenzenzahlen in Italien 1990-2015	89
Abbildung 6:	Die Gefangenenzenzahlen in Belgien 1990-2015	91
Abbildung 7:	Die Gefangenenzenzahlen in Litauen 1990-2015	94
Abbildung 8:	Die Gefangenenzenzahlen in Estland 1990-2015	98
Abbildung 9:	Die Gefangenenzenzahlen in Polen 1995-2015	100
Abbildung 10:	Die Gefangenenzenzahlen in Frankreich 1990-2015	103
Abbildung 11:	Die Gefangenenzenzahlen in Deutschland 1992-2016	105
Abbildung 12:	Die Gefangenenzenzahlen in den Niederlanden 1990-2015	106
Abbildung 13:	Die Gefangenenzenzahlen in Irland 1990-2016	108
Abbildung 14:	Die Gefangenenzenzahlen in Finnland 1990-2015	111
Abbildung 15:	Die Entwicklung der Gefangenenzenzahlen in Deutschland 1964-2016	397
Abbildung 16:	Die Entwicklung der Gefangenenraten (Gefangene pro 100.000) in Deutschland 1962-2016	398

Abbildung 17: Kontextdaten 1992-2015	401
Abbildung 18: Untersuchungsgefangene im Bundesländervergleich	414
Abbildung 19: Untersuchungsgefangenenraten regional 1992-2015	416
Abbildung 20: Substitutionsmodell zur Anordnung von Untersuchungshaft und Überwachungsmaßnahmen in Deutschland	550
Abbildung 21: Der Europäische Haftbefehl in der aktiven Praxis 2011	704
Abbildung 22: Der Europäische Haftbefehl in der passiven Praxis 2011	705
Abbildung 23: Anteil ausländischer Gefangener und ausländische3 Gefangener mit EU-Staatsangehörigkeit an der Gefangenenpopulation, 2011	732
Abbildung 24: Substitutionsmodell zur Anordnung von Untersuchungshaft und Überwachungsmaßnahmen	765
Abbildung 25: Stufenmodell zur Anordnung von Untersuchungshaft und Überwachungsmaßnahmen	766

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Ausländische Gefangene und ausländische U-Gefangene in den EU-Staaten 2009, 2011 und 2014	79
Tabelle 2:	Entwicklung der Untersuchungsgefangenenzahlen nach Bundesländern 2013-2016	400
Tabelle 3:	In der Strafverfolgungstatistik erfasste Personen mit Untersuchungshaft 2014	404
Tabelle 4:	Untersuchungshaftquoten 2014, ausgewählte Delikte	406
Tabelle 5:	Ausländische Untersuchungsgefangene in Deutschland 2008 und 2013	411
Tabelle 6:	Einige Indikatoren für regionale Justizkulturen, absteigend sortiert nach U-Gefangenenrate	415
Tabelle 7:	In der Strafverfolgungstatistik 2014 erfasste Personen mit Verurteilungen zu Freiheits- oder Jugendstrafe, ohne und mit Untersuchungshaft, ausgewählte Delikte	613
Tabelle 8:	Verurteilungen zu Freiheitsstrafe und Aussetzungsquote nach allgemeinem Strafrecht, ausgewählte Delikte – alle Verurteilten und solche mit vorangegangener Untersuchungshaft 2014	614
Tabelle 9:	Ausländische Gefangene und ausländische Gefangene mit EU-Staatsangehörigkeit 2009 und 2011	731

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort (in der Regel Verweis auf vorherige Fußnote)
abl.	ablehnend
aF	alte Fassung
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union (soweit nicht anders gekennzeichnet)
AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AO	Abgabenordnung
ARHG	Auslieferungs- und Rechtshilfegesetz (Österreich)
AufenthG	Aufenthaltsgesetz (Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet)
Bearb.	Bearbeiterin, Bearbeiter
Begr.	Begründung, Begründer
Beschl.	Beschluss
Bespr.	Besprechung
Bf.	Beschwerdeführer
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen (amtliche Sammlung)
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BMJV	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
BRAK	Bundesrechtsanwaltskammer
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
BtmG	Betäubungsmittelgesetz (Gesetz über den Verkehr mit Betäubungsmitteln)

BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (amtliche Sammlung)
CAB	Zentrale Anti-Korruptionsbehörde (Centralne Biuro Antykorupcyjne), Polen
CCP	Code of Criminal Procedure; Code de procédure pénale, Codice della Procedura Penale
CCPfranc	Code de procédure pénale Française
CCPital	Codice della Procedura Penale Italiano
CEPS	Centre for European Policy Studies
CPT	European Committee for the Prevention of Torture and Inhuman or Degrading Treatment or Punishment
CRA	Community Reinforcement Approach
DAV	Deutscher Anwaltverein
DBH	Fachverband für soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik
ders.	derselbe
d. h.	das heißt
DJT	Deutscher Juristentag
DtZ	Deutsch-deutsche Rechtszeitschrift
DVBL	Deutsche Verwaltungsblätter
DVJJ	Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V.
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
Einl.	Einleitung
EJN	Europäisches Justizielles Netz in Strafsachen
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention (Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten)
Entsch.	Entscheidung
ERJOSSM	Recommendation of the Committee of Ministers to Member States on the European Rules for Juvenile Offenders Subject to Sanctions or Measures (Empfehlung REC(2008)11 des Ministerkomitees des Europarates zu Europäischen Grundsätzen für die von Sanktionen und Maßnahmen betroffenen jugendlichen Straftäter und Straftäterinnen)
EUAIÜb	Europäische Auslieferungsübereinkommen
EuG	Europäisches Gericht Erster Instanz (beim EuGH)

EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGHE	Sammlung der Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs
EU-JZG	Bundesgesetz über die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Österreich)
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EUV	Vertrag über die Europäische Union in der Fassung des Vertrags von Lissabon
EUV-Nizza	Vertrag über die Europäische Union in der Fassung des Vertrags von Nizza
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
FD-StrafR	Fachdienst Strafrecht in Zusammenarbeit mit beck-online.de
finnStPO	Laki oikeudenkäynnistä rikosasioissa (finnische Strafprozessordnung)
G.	Gesetz, Gesetze
GA	Goltdammer's Archiv für Strafrecht
gem.	gemäß
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GG	Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland
GK	Große Kammer
GrCh	Grundrechtecharta der Europäischen Union
GPS	Global Positioning System (Ortungsverfahren, hier zur Ortung überwachter Verdächtiger oder Straftäter)
Hervorh.	Hervorhebung
HM	Her Majesty's
HRRS	Höchstrichterliche Rechtsprechung im Strafrecht (Online-Zeitschrift)
hrsg./Hrsg.	herausgegeben/Herausgeber
Hs.	Halbsatz
i. E.	im Einzelnen
IGH	Internationaler Gerichtshof
IPBPR	Internationaler Pakt für bürgerliche und politische Rechte
IRG	Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen
i. S. d.	im Sinne des/der
i. V. m.	in Verbindung mit